



Tarifrunde TVöD 2023 - Erste Verhandlungsrunde ohne Angebot

Potsdam. Bei den Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes für Bund und Kommunen blieb in der Auftaktrunde am 24. Januar 2023 die in der Politik viel zitierte Zeitenwende aus: Kein Angebot der Arbeitgeber in der 1. Verhandlungsrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen.

Statt den Beschäftigten durch ein seriös gemeintes Angebot die Ernsthaftigkeit der Verhandlungen zu signalisieren und die Notwendigkeit spürbarer Gehaltssteigerungen anzuerkennen, nur die bekannte Litanei leerer Kassen.

Dabei geht es in dieser Runde um mehr als nur an einem wirtschaftlichen Aufschwung teilzunehmen. Noch nie war es so wichtig, dass es bei dem seit letztem Jahr explodierenden Preisen für Lebensmittel, Energie oder Mieten einen spürbaren Ausgleich gibt, insbesondere für die unteren und mittleren Einkommen. Diese Chance haben die Verhandlungsführerinnen von Bund und Kommunen am 24. Januar 2023 vertan.

„Die Beschäftigten sind bereits kräftig in Vorlage getreten. Ein finanzieller Ausgleich für die hohe Inflation wandert nicht in die Taschen der Kolleginnen und Kollegen, sondern wäre nur Ersatz für das, was sie zusätzlich für ihre Lebenshaltung ausgeben mussten und müssen“, so der GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, ver.di, GEW, IG BAU und die GdP fordern deshalb:

- 10,5 Prozent mehr Gehalt, mindestens 500 € für unsere Kolleginnen und Kollegen
- Laufzeit zwölf Monate
- Für Auszubildende 200 € mehr
- Die unbefristete Übernahme von Auszubildenden nach erfolgreicher Ausbildung



Die Verhandlungen werden am 22./23. Februar 2023 in Potsdam fortgesetzt. Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende René Klemmer: „Auch in diesem Jahr werden wir für unsere berechtigten Forderungen kämpfen müssen. Deshalb ist es besonders wichtig, dass wir von Anfang an Flagge zeigen, um deutlich zu machen: Wenn nötig, gehen wir nicht nur auf die Straße!“

GdP-Delegation vor Ort in Potsdam: Vertreter:innen der Bundespolizei, aus Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Bundesvorstand und Bundesgeschäftsstelle